

Porsche zeigt Verständnis für VW-Belegschaft

Enge Zusammenarbeit mit dem VW-Vorstand hat Priorität

Stuttgart, 12. September 2008. Die Porsche Automobil Holding SE, Stuttgart, akzeptiert uneingeschränkt das Recht der VW-Mitarbeiter auf Demonstrationen, um ihre Forderungen zu verdeutlichen. Außerdem zeigt Porsche Verständnis für die Ängste der Belegschaft über einen eventuellen Arbeitsplatzabbau nach dem möglichen Wegfall des VW-Gesetzes. Anlass ist die Demonstration der IG Metall im Wolfsburger Volkswagen-Werk für den Erhalt des VW-Gesetzes.

Auch wenn Porsche - wie bekannt - eine andere Meinung zum VW-Gesetz vertritt als die IG Metall und der Wolfsburger Betriebsrat, nimmt der Konzern die Sorgen der Mitarbeiter ernst. Deshalb habe man ja bereits vor längerer Zeit der VW-Arbeitnehmervertretung zugesichert, bei einem eventuellen Wegfall des VW-Gesetzes Verlegungen oder Schließungen von Werken nur mit einer Zwei-Drittelmehrheit im Aufsichtsrat zuzulassen. Der Porsche-SE-Vorstand hat darüber hinaus der Führungsspitze von Volkswagen zugesichert, solche für Arbeitnehmer existentiellen Fragen nur einvernehmlich mit dem VW-Vorstand zu entscheiden. Damit will Porsche deutlich machen, dass die Sicherheit der Arbeitsplätze im Volkswagen-Konzern höchste Priorität hat.

Im übrigen stünden Werksschließungen oder Verlagerungen ohnehin nicht auf irgendeiner Tagesordnung. Volkswagen sei sehr erfolgreich. Porsche stehe außerdem nicht für Arbeitsplatzabbau und habe in den letzten 15 Jahren seine Belegschaft verdoppelt.

GO

Kontakt

Porsche Automobil Holding SE
Porscheplatz 1
70435 Stuttgart
Telefon: +49 (0)711 911 – 11021